

Zukunftssicherung für den deutschen Arbeitsmarkt: Demontage der Sprachkurse stoppen, Beschäftigung ermöglichen!

Der eklatante Arbeits- und Fachkräftemangel in zahlreichen Branchen war mit Blick auf den demographischen Wandel schon vor Jahren absehbar. Seither gilt die Zuwanderung als entscheidende Ressource für den Arbeitsmarkt. Ohne Zuwanderer können zahllose vakante Stellen heute nicht mehr besetzt werden. Der Beschäftigungszuwachs in Deutschland im Jahr 2023 wurde der Bundesagentur für Arbeit zufolge ausschließlich durch internationale Arbeits- und Fachkräfte erzielt.

Jetzt steht die vom Gesetzgeber ausdrücklich gewollte und jahrelang geförderte Vermittlung berufsbezogener Deutschkenntnisse an möglichst viele Zugewanderte zur Disposition. In ihrem Haushaltsentwurf für 2025 plante die Bundesregierung entgegen eigenen Berechnungen deutlich zu wenig Mittel für Berufssprachkurse ein. Diese Kurse ermöglichen nachhaltigen Spracherwerb und werden mit Zertifikaten abgeschlossen, die für die berufliche Anerkennung von ausländischen Fachkräften notwendig sind. Neben den ebenfalls stark von Sparmaßnahmen betroffenen Integrationskursen bringt die Bundesregierung mit diesem weiteren Schritt auch die zweite Säule des „Gesamtprogramms Sprache“ ins Wanken.

Konkret: Mit der im Haushalt 2025 eingeplanten Summe können im Vergleich zu 2024 nur noch 30 Prozent der bewährten Berufssprachkurse gestartet werden. Zehntausenden Menschen wird die Möglichkeit verwehrt, das für viele Berufe dringend nötige B2-Niveau zu erreichen. Besonders hart treffen die Einsparungen Personen, die im Integrationskurs das angestrebte B1-Niveau nicht erreichen, bislang jedoch ihre Kenntnisse in speziellen Berufssprachkursen verbessern und im Deutschtest für den Beruf (DTB) nachweisen konnten. Da die Möglichkeit zur Wiederholung von Modulen im Integrationskurs ebenfalls entfällt, bleiben diese Menschen künftig auf dem Sprachniveau A2 stehen und haben damit kaum Chancen, eine nachhaltige Beschäftigung aufzunehmen.

Der Sparkurs der Bundesregierung gefährdet die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, denn:

- Mit Sprachkenntnissen unter dem Niveau B1 ist dauerhafte, Existenz sichernde Beschäftigung nicht möglich. Menschen mit Potenzial für Tätigkeiten als Fachkraft können so nur Hilfsarbeiten übernehmen.
- Die Bundesregierung setzt vor allem auf Kurse, die nur 150 Unterrichtseinheiten umfassen und berufsbegleitend besucht werden sollen (Job-BSK). Zum Vergleich: Bisher umfassten Berufssprachkurse für das B2-Niveau in der Regel 400 bis 500 Unterrichtseinheiten. Ein gründlicher und nachhaltiger Spracherwerb ist in solchen verkürzten Kursen nicht gewährleistet.
- Die Arbeitsverwaltung richtet ihre Bedarfserhebung bezüglich der Berufssprachkurse offensichtlich an den Sparvorgaben statt an den realen Gegebenheiten aus. Damit rechtfertigt sie ein eklatantes Unterangebot.

Die Reduzierung der Berufssprachkurse auf weniger als ein Drittel des bisherigen Angebots zwingt die Kursträger, sich von Tausenden erfahrenen Lehrkräften zu trennen. Das System der Sprachvermittlung für Zuwanderer wird somit dauerhaft strukturell beschädigt.

Beide zuständigen Ministerien (BMAS und BMI) haben zwischenzeitlich erkannt, dass Handlungsbedarf besteht und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel bereits Anfang Dezember 2024 in Absprache mit dem Bundesfinanzminister zugesagt. Geschehen ist leider nichts.

Wir fordern

- **Demontage des Gesamtprogramms Sprache stoppen!**
- **Eine bedarfsgerechte Mittelausstattung durch überplanmäßige Ausgaben muss sofort erfolgen!**
- **Berufssprachkurse mit dem Ziel B1 und B2 uneingeschränkt erhalten!**

Diese Forderungen werden von einem breiten Bündnis der Verbände getragen:

